

Nach der schrecklichen Brandkatastrophe in Crans-Montana investiert die Schweiz stark in die Erhöhung der Sicherheit. Das führt zu Recht auch in Basel zu strengeren Kontrollen und Überarbeitung der Brandschutzvorgaben. Diese betreffen, wie am 22. Januar 2026 von der Regierung kommuniziert wurde, insbesondere die Cliquenkeller und Vereinslokale an der Basler Fasnacht. Neben der Medienkonferenz hat es auch zwei Treffen zwischen den Fasnachtsvereinen, der Gebäudeversicherung Basel-Stadt und der Verwaltung gegeben. Der direkte Austausch ist sehr zu begrüßen. Medienberichten und Gesprächen mit Obleuten ist zu entnehmen, dass viele Unklarheiten und Unsicherheiten entstanden sind. Die Auswirkungen der umzusetzenden Massnahmen auf die Vereinslokale und Keller sind gross. Insbesondere auf die Fasnacht 2026, da diese schon bald stattfindet wird und viele Vorbereitungen schon getroffen wurden. Der Wunsch nach Klarheit und Transparenz der geltenden Regeln und deren Konsequenzen ist gross. Es ist bspw. scheinbar unklar, ob die Personenzahlen für die Fasnacht gelten oder auch für Vereinsaktivitäten unter dem Jahr. Weiter führten unpraktikable Vorschläge, wie bspw. zum Brandschutztest von Objekten ("Schneiden Sie ein Stück aus einer Laternenwand und testen Sie ob es brennt?"), zu grossem Frust.

Die Bereitschaft der Bevölkerung ist gross, die Sicherheit zu erhöhen und Massnahmen anzunehmen. Zentral dafür sind aber gute und klare Kommunikation und ein Verständnis von beiden Seiten über Abläufe und Prozesse. Klar ist, die Massnahmen bringen eine Veränderung für die Fasnacht mit sich, welche sich auch auf das Verhalten der Massen auswirken kann.

Daher bittet die Interpellantin den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele Begehungen von Vereinslokalen/Cliquenkellern wurden schon durchgeführt?
2. Bei wie vielen Bewilligungen wurde die zulässige Personenanzahl angepasst?
3. Sind schon Betriebe bekannt, welche wegen der geänderten Vorgaben auf eine Öffnung an der Fasnacht verzichten?
4. Welche Schlüsse zieht der Regierungsrat gemeinsam mit Feuerwehr und GVBS aus den Begehungen?
5. Wie kann die Kommunikation zwischen der Verwaltung/GVBS und den Vereinen verbessert werden?
6. Wie kann sichergestellt werden, dass eine klare und transparente Kommunikation zu den Massnahmen und geltenden Regeln umgesetzt wird, so dass für alle ersichtlich ist, welche Voraussetzungen zu welchen Bewilligungen führen?
7. Eine Fasnacht mit weniger Platz im Innern führt zu neuen Herausforderungen.
 - a. Werden mehr Allmendbewirtschaftungen erlaubt?
 - b. Werden mehr öffentliche Toiletten zur Verfügung gestellt?
 - c. Wird mit einem höheren Aufgebot der Polizei geplant?
8. Wie schätzt der Regierungsrat die Verschiebung der Personen von Vereinslokalen in die Restaurants ein? Werden die Restaurationsbetriebe in die Kontrollen an der Fasnacht einbezogen?
9. Wie werden die Vereine abgesehen von kommunikativen Leistungen unterstützt?
10. Ist eine gemeinsame Auswertung der Massnahmen und ihrer Umsetzbarkeit und ihrer Auswirkungen aller Beteiligten nach der Fasnacht geplant?

Jo Vergeat